

**Antrag 77/II/2025****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Teure Schuldenfalle stoppen – Dispozinsen gesetzlich begrenzen**

- 1 Die SPD setzt sich für eine wirksame gesetzliche Begren-
- 2 zung von Dispositions- und Überziehungszinsen ein.
- 3 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
- 4 rung, der Bundestagsfraktion sowie in den entsprechen-
- 5 den Gremien werden erbeten, folgende Regelung umzu-
- 6 setzen:
- 7 1. Dispositions- und Überziehungszinsen sind allge-
- 8 mein und einheitlich auf maximal 2 Prozentpunkte
- 9 über dem jeweiligen Basiszinssatz der EZB gesetz-
- 10 lich zu begrenzen.
- 11 2. Kreditinstitute sind verpflichtet, Kund:innen bei
- 12 dauerhafter Inanspruchnahme von Dispokrediten
- 13 auf günstigere Alternativen hinzuweisen und ent-
- 14 sprechende Umschuldungen aktiv anzubieten.
- 15 3. Automatisierte Kündigungen von Dispokrediten oh-
- 16 ne individuelle Prüfung und Beratung sind unzuläs-
- 17 sig.

**Begründung**

20 Die aktuellen Zinserhöhungen der Europäischen Zentral-

21 bank haben dazu geführt, dass Dispositionszinsen vieler

22 Banken auf 9 bis 12 % angestiegen sind. Besonders betrof-

23 fen sind Haushalte mit geringem Einkommen, die häufig

24 auf Dispokredite angewiesen sind.

25 Während wohlhabendere Kund:innen günstige Kredit-

26 konditionen erhalten, zahlen einkommensschwache Ver-

27 braucher:innen Spitzenzinsen. Diese Praxis verschärft so-

28 ziale Ungleichheit, fördert Überschuldung und wirkt wie

29 ein „Strafzins für Armut“.

30 Eine Begrenzung auf nur 2 Prozentpunkte über dem Ba-

31 siszinssatz stellt sicher, dass Banken weiterhin einen Ri-

32 sikoaufschlag verlangen können, ohne Wucherzinsen zu

33 erheben. Zugleich werden Verbraucher:innen effektiv ge-

34 schützt und Überschuldungsrisiken reduziert.

35 Damit wird die SPD ihrem Anspruch gerecht, soziale Ge-

36 rechtlichkeit auch im Finanzmarkt durchzusetzen und Ver-

37 braucherrechte wirksam zu stärken.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Die SPD setzt sich für eine wirksame gesetzliche Begren-

zung von Dispositions- und Überziehungszinsen ein.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-

rung, der Bundestagsfraktion sowie in den entsprechen-

den Gremien werden erbeten, folgende Regelung umzu-

setzen:

1. Dispositions- und Überziehungszinsen sind allge-
- mein und einheitlich auf maximal 2 Prozentpunkte
- über dem jeweiligen Basiszinssatz der EZB gesetz-
- lich zu begrenzen.
2. Kreditinstitute sind verpflichtet, Kund:innen bei
- dauerhafter Inanspruchnahme von Dispokrediten
- auf günstigere Alternativen hinzuweisen und ent-
- sprechende Umschuldungen aktiv anzubieten.
3. Automatisierte Kündigungen von Dispokrediten oh-
- ne individuelle Prüfung und Beratung sind unzuläs-
- sig.